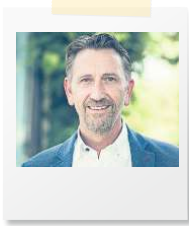


Polaroid

Präsident für den Sport-Nachwuchs

Bereits als Bub stand Adrian Krüsi häufig neben Sport- und Fussballplätzen. Wenn sein Vater, Franz Krüsi, als einer der letzten Fotografen für diese Zeitung analoge Bilder von Spielen im Espenmoos schoss, begleitete er ihn häufig mit seinem Bruder. Bis heute ist der Fussball sein Lieblingssport geblieben, der FC St. Gallen neben Liverpool sein Lieblingsclub. Zum



neuen Amt als Präsident des Vereins Netzwerk Sport ist der 49-jährige Adrian Krüsi aber über ein Projekt in der Eishockey-Nachwuchsförderung gekommen. Der Verein hat Grosses vor, wie am Donnerstag bekannt wurde. Er möchte ein Leistungszentrum für Nachwuchssportler im Gründemoos auf die Beine stellen, das sich mit Tenero und Magglingen messen kann. Im Westen der Stadt St. Gallen sollen einst Sportler zwischen 12 und 26 Jahren in allen olympischen und nichtolympischen Sportarten gefördert werden. Mit im Vorstand sitzt auch Krüsis Bruder Hanspeter, der die Akademie des FC St. Gallen leitet.

Dass Krüsi als Vereinspräsident ausserkoren wurde, ist wohl kein Zufall. «Es ist mein Beruf, Visionen zu entwickeln, zu begleiten und zu fördern», sagt der dreifache Familienvater, der in Gossau wohnt und als Unternehmensberater eine eigene Firma in St. Gallen führt. Um etwas Grosses zu erreichen, brauche es eine Bündelung von Kompetenzen und Leidenschaft. Damit kann Krüsi sicher dienen. (jan)

Homophobie in Polen erreicht Wil

Kritik In Polen haben sich seit längerem rund hundert Gemeinden zu «LGBT-freie Zonen» erklärt. Auch in der Gemeinde Dobrzyn Wielki im Südwesten Polens ist gemäss Mitteilung der St. Galler Juso eine Debatte darüber im Gang, die LGBT-Gemeinschaft als unerwünscht zu erklären. Dobrzyn Wielki ist eine Partnergemeinde der Stadt Wil. Stadtpräsidentin Susanne Hartmann erklärte gegenüber gay.ch, man werde Konsequenzen ziehen, falls sich die Gemeinde zu diesem Label entschliesse. Den St. Galler Juso reicht dies nicht. Sie fordern, dass der Stadtrat sofort mit der Regierung von Dobrzyn Wielki Kontakt aufnimmt. «Wir brauchen keine Statements, wir brauchen Taten.» (al)

Ich bin auch ein Liechtensteiner

Liechtensteins Parlament erlaubt die doppelte Staatsbürgerschaft für Schweizer. Das letzte Wort hat das Volk.

Günther Meier

Eine satte Mehrheit von 20 der 25 Abgeordneten stimmte dem Antrag der Regierung zu, künftig die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Allerdings nicht generell, sondern nur für Schweizer Staatsbürger und EWR-Staatsangehörige, wenn sie sich in Liechtenstein einbürgern lassen. Bisher galt die strikte Regelung, dass Ausländer ihre angestammte Staatsbürgerschaft aufgeben mussten, bevor sie den blauen Pass des Fürstentums erhielten.

Ausnahmen gab es nur bei Leuten, deren Heimatstaat eine Rückgabe der Staatsbürgerschaft untersagt. Mit den eigenen Landsleuten sprang Liechtenstein nicht so kategorisch um. Wenn ein Liechtensteiner eine zweite Staatsbürgerschaft erhielt, was vor allem bei Kindern aus gemischt-nationalen Ehepaaren der Fall ist, drückte Liechtenstein beide Augen zu.

Ein Viertel ist selbst Doppelbürger

Dass die Zustimmung im Parlament für die Gesetzesänderung unerwartet hoch ausfiel, hat wohl auch mit einem besonderen Umstand zu tun: Immerhin besitzen 9 der 25 Abgeordneten neben der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft noch den Pass eines anderen Landes. In der Bevölkerung hat laut Volkszählung rund ein Viertel der Liechtensteiner eine zweite oder gar dritte Staatsbürgerschaft.

Nach der Entscheidung im Landtag steht der doppelten Staatsbürgerschaft allerdings noch eine Hürde bevor: Die Abgeordneten wagten es nicht, abschliessend zu entscheiden, sondern gaben die Abänderung des Bürgerrechtsgesetzes weiter ans Volk. Dieses soll endgültig



Der Pass des Fürstentums könnte künftig auch Doppelbürgern winken.

Bild: Daniel Schwendener

entscheiden, so der Tenor im Parlament, denn die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft werde nicht von weiteren Massnahmen – wie etwa Nachweise der Integration – begleitet. Bei der ersten Behandlung der Vorlage hatten Abgeordnete als Ersatz für die Abgabe des bisherigen Passes eine «griffige Integrationsprüfung» gefordert.

Die Regierung hatte darauf verzichtet, weil bei Bürgern aus

der Schweiz und den EWR-Herkunftsändern aufgrund des vergleichbaren ökonomischen, rechtlichen und kulturellen Hintergrunds von einer bereits bestehenden Integration ausgegangen werden könne. Eine Mehrheit des Landtags sprach sich wahrscheinlich auch deshalb für eine Volksabstimmung aus, weil Frage der Integration in der Bevölkerung sehr kontrovers diskutiert wird.

Schon beim Frauenstimmrecht hatte sich gezeigt, dass Bürgerrechtsfragen zu den heikelsten Angelegenheiten im kleinen Land gehören: Erst beim dritten Anlauf, nach intensiven Diskussionen über dreizehn Jahre, wurde 1984 den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zuerkannt – aber erst, nachdem für die ausländischen Ehefrauen eine Karenzfrist von fünf Jahren eingeführt worden war.

In den bisherigen Diskussionen über die doppelte Staatsbürgerschaft wurden wiederholt Vergleiche mit der Schweiz gezogen. Ein solcher Vergleich sei nur bedingt richtig, argumentierten einzelne Abgeordnete, weil in Liechtenstein im Unterschied zur Schweiz ein Anspruch auf Einbürgerung bestehe, sofern die erforderlichen Kriterien erfüllt seien. Dazu gehört ein ordentlicher Wohnsitz von 30 Jahren der einbürgerungswilligen Person in Liechtenstein.

3000 Personen in der Warteschlange

Laut Statistik erhielten von 1971 bis 2018 insgesamt 7827 Ausländer mit Wohnsitz in Liechtenstein den Pass des Fürstentums, davon die Mehrheit aufgrund der Erfüllung dieser Anforderung. Derzeit gibt es rund 3000 Personen, hauptsächlich Bürger der Nachbarstaaten Schweiz und Österreich, die das Kriterium erfüllen, aber bisher nicht auf ihren angestammten Pass verzichten wollten. Wenn die doppelte Staatsbürgerschaft bei der Volksabstimmung durchkommt, ist damit zu rechnen, dass ein erheblicher Teil dieser Personen die Einbürgerung beantragen wird.

Liechtenstein steht bis zur Volksabstimmung, die wahrscheinlich kurz vor der Sommerpause stattfinden wird, eine intensive Diskussion über Einbürgerung und Integrationspolitik bevor. Nicht ausgeschlossen ist, dass es Klagen gegen die differenzierte Regelung geben könnte, die nur für Schweizer Bürger und EWR-Angehörige die doppelte Staatsangehörigkeit zulässt. Die Frage, ob gleiches Recht für alle gelten sollte, dürfte im zu erwartenden Abstimmungskampf ebenfalls eine Rolle spielen.

lü

Heute kurz – weil viel Kurioses abgesagt

Die Benutzer der Postautolinie Ermatingen-Weinfelden können ein Lied davon singen. Immer öfter erreichen die Postautos den Bahnhof in Weinfelden nicht rechtzeitig – die Züge fahren den frustrierten Passagieren vor der Nase weg. Nun hat die Postauto AG reagiert: Ab kommender Woche wird auf den Nachmittagskursen eine Haltestelle nicht mehr bedient. Im Sinne der Gleichbehandlung jedes Mal eine andere.

Abgesagt.

Falls es am 19. April zu einem zweiten Wahlgang der Regierungsratswahlen mit SP-Beteiligung kommt, findet am kommenden Dienstag in St. Gallen ein Nominationspartei-tag der Kantonalpartei statt. Das einzige Traktandum wird laut Parteisekretariat die Nominierung der Regierungs-

ratskandidatin Laura Bucher sein. Sollte es der amtierende SP-Regierungsrat Fredy Fässler im ersten Wahlgang nicht schaffen, wird er demnach nicht mehr nominiert.

In der Mensa der Uni St. Gallen werden derzeit nebst den konventionellen Menüs auch Burger aus Insekten angeboten. Die Nachfrage ist angeblich recht gross. Wenn die Studenten die Mensa verlassen, tun das also recht viele mit Mehlwürmern im Bauch. Bleibt zu hoffen, dass diese dort bleiben und nicht weiter nach oben kriechen.

Abgesagt.

Ein Fachsymposium hat sich mit der Qualität der Raumlufthilfen in den Thurgauer Schulen befasst. Das Ergebnis: Sie hat Luft nach oben. Als erste Massnahme wird nun ein

Merkblatt erarbeitet, was Schüler und Lehrer vor dem Unterricht essen sollen und was sie besser lassen.

Abgesagt.

Erstmals seit über 20 Jahren meldet der Kanton Thurgau einen Rückgang beim Verkehr. Die erfreulichen Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu geniessen. Von den 195 Messstellen konnten nur 24 in die Auswertung einbezogen werden – wegen «einer zufälligen und einmaligen Häufung von Baustellen». Die Erleichterung ist gross. Man darf davon ausgehen, dass der Verkehr schon bald wieder zuverlässig wächst.

Abgesagt.

Geht es nach früheren Abmachungen, wird das Asylzentrum Landegg bald einmal

geschlossen. Der Trägerverein für Integrationsprojekte allerdings sieht sich nicht daran gebunden. Er will das Zentrum weiterführen. In ihrer Not bittet jetzt die Ausserrhodener Regierung jene von St. Gallen um Unterstützung gegen diese Idee. Wer weiss denn schon, ob man die Landegg nicht als Quarantänezentrum für Corona-Fälle braucht.

Abgesagt

Vor sieben Jahren haben die Stimmbürger von Hefenhofen beschlossen, dass die Gemeinde eigenständig bleiben soll. Nun hat der Gemeinderat einen Workshop einberufen und gleich auch einen Berater beigezogen. Sinn und Zweck der Übung: Hefenhofen sucht seine Identität. Der Finder ist gebeten, diese umgehend und unbeschädigt beim Gemeindepräsidenten abzugeben.

Die St. Galler Primarschule Feldli-Schoren experimentiert. Ein Jahr lang erhalten die Kinder keine Hausaufgaben. Was diese freut und manchen Eltern zupass kommt, hat auch Kritiker auf den Plan gerufen. Sie wollen wissen, ob die Schule das überhaupt darf. Einer hat ausgerechnet, dass mit diesem pädagogischen Unsinn den Kindern über alle neun Volksschuljahre 700 Stunden Lernzeit fehlen würden. Die Sorge scheint berechtigt: Kann aus solchen Kindern je etwas Rechtes werden?



Silvan Lüchinger
ostschweiz@chmedia.ch